

wir nicht entrinnen können, den Stachel, das Grauen. Alles Leid, das zur menschlichen Existenz gehört und zum Tode führt, wird in der Osterschau „Gemeinschaft mit Christi Leiden“ (Phil. 3, 10), Grund zur Hoffnung. Im Philipperbrief lesen wir: „Seinem Sterben gleichgestaltet, darf ich wohl hoffen, auch zur Auferstehung von den Toten zu gelangen“ (Phil. 3, 10—11). So wird die Angst in ihrer Wurzel getroffen: Jenes bange Starren in eine leere, sinnlose Zukunft und in die Schrecken des Menschenlebens. Wohl kennt auch der erlöste Mensch das Zurückbeben des menschlichen Herzens. Doch er wird gehalten von dem bergenden Vertrauen auf Gott. Das Erzittern des Glaubenden weiß sich der Todesangst Seines Herrn am Ölberg nahe und sagt mit Paulus: „Wenn ich schwach bin, dann bin ich stark“ (2 Kor. 12, 10). Wieviel Angst erleben wir um uns her! Blinde, träge, hoffnungslose Angst! Sind wir nicht angesteckt davon? Wer wagt zu behaupten, daß er im Osterglauben lebe! So flehen wir zum Herrn, daß Er uns eine österliche Hoffnung schenke, in der unser Herz ruhig wird und anderen Menschen Halt und Trost schenken kann.

Das Alte ist vergangen: *Haß* und *Friedlosigkeit*. In eindringlichen Sätzen spricht der hl. Paulus im Epheserbrief davon, wie durch den Tod und die Auferstehung Christi die Scheidewand zwischen Juden und Heiden niedergeworfen wird. „Er ist unser Friede“ (Eph. 2, 14), so heißt es dort von Christus. Als Friedensstifter will Christus „die beiden Teile in seiner Person zu dem einen neuen Menschen umschaffen und beide mit Gott in seinem einen Leib versöhnen“ (Eph. 2, 15—16). Was hier von Juden und Heiden gesagt wird, gilt jeweils neu für alle Menschen. In einer Zeit, wo bei aller äußeren Nähe der Massenzusammenballung die Menschen sich innerlich einsam und ungeborgen fühlen, wo der Haß mit einer zielbewußten Brutalität zwischen die Völker geworfen wird, ist die Osterbotschaft des Friedens, der Liebe in Christus nötiger denn je. Prüfen wir ehrlich, ob in uns alles neu geworden ist oder ob Gleichgültigkeit und Haß in uns geblieben sind, ob wir uns von den Schlagworten der Zeit anstecken lassen. In Erinnerung an schreckliches Unrecht der Vergangenheit begehen wir jedes Jahr eine „Woche der Brüderlichkeit“. Wir brauchen ein ständiges Leben der Brüderlichkeit. Innig verbunden mit Christus, unserem Haupt, fest eingefügt in Seinen Leib, die Kirche, müssen wir uns als österliche Menschen liebend nach allen ausstrecken, die Christen sind, nach allen, die nichts von Christus wissen und doch unbewußt von Ihm leben, ja noch nach jenen, die uns um des Namens Christi willen verfolgen und dabei innerlich nach der erlösenden Liebe Christi dürsten.

Wir wollten uns redlich und demütig der Osterbotschaft öffnen. Nun müssen wir das Wort österlicher Erneuerung in die Welt und ihre Friedlosigkeit hinausrufen.

In der Auferstehung Christi begegnet uns Gott, der Schöpfer und Neu-Schöpfer. Müssen wir nicht aus dem Licht des Ostermorgens die erregend aktuelle Einsicht aller Welt verkünden: Auf dem Atheismus als der Grundlage des Lebens und der Gesellschaft läßt sich keine Ordnung der Freiheit und der Gerechtigkeit, keine Friedensordnung unter den Völkern aufbauen. Wo der Atheismus folgerichtig zu Ende gedacht und gelebt wird, verliert der Mensch seine Würde und wird rechtlos. Da fehlt das Fundament der sittlichen Ordnung für den Einzelnen und für das Verhältnis unter den Völkern. Alle großen Worte um eine glücklichere Zukunft und ein schöneres Leben enthüllen sich im letzten als berechnende Taktik oder verhängnisvoller Irrtum.

Ein Zweites. Christus, der Gekreuzigte, vollendet Sein Werk der Erneuerung durch eine Liebe, die sich für alle Menschen opfert. In einer Zeit weltweiter Gefährdung ruft Er die Völker und ihre Verantwortlichen an, alle Selbstsucht und opferscheue Selbstsicherung zu überwinden. Nationalistische Enge und kleinlicher Krämergeist der einzelnen Völker und Staaten sind heute Torheit, da so keiner sich rettet; sie sind Versagen vor der Forderung dieser ersten Stunde. Die Völker, die in Gärung und Entwicklung stehen, brauchen unsere geduldige, tätige Hilfe, daß sie nicht zersetzenden Mächten verfallen. Möge das Fastenopfer der deutschen Katholiken für die Hungernden in der Welt mit seinem unerwartet hohen Ergebnis ein verheißungsvolles Zeichen sein für solche weltweite Verantwortung der christlichen Völker. Selbst über die künstlichen Grenzen des Mißtrauens und Hasses hinweg sollen unsere Gebete und Gedanken der Liebe ihren unaufhaltsamen Weg finden.

Ein Letztes. Der Auferstandene mahnt zum Geist des Friedens. Gewiß müssen alle, die Verantwortung tragen, die menschenwürdige Ordnung, das Recht der Selbstbestimmung und die Freiheit der Völker sichern. Das ist eine ernste, opferfordernde Pflicht vor Gott und den Menschen. Doch damit muß das hingebende, unablässige Mühen verbunden sein, den Krieg, zumal mit seinen furchtbaren heutigen Vernichtungswaffen, zu verhindern und ganz auszuschalten. Der Friedensfürst des Ostertages, die Sehnsucht aller Völker rufen nach Taten des Friedens . . . Unserer Stadt aber und unserem Volke, allen Völkern und der ganzen Welt schenke der auferstandene Herr seinen Frieden und die Freude seines Heils.

Die Kirche in den Ländern

Staat und Kirche in Ungarn nach der Erhebung von 1956

Als der ungarische Parteisekretär Kadar am 15. Oktober 1958 den Propagandafeldzug für die ersten Parlamentswahlen nach dem Volksaufstand von 1956 eröffnete, begann er seine Werbung mit der Aufzählung der „grundlegenden Errungenschaften“ des Regimes in den letzten

zwei Jahren. Er nannte deren drei: die Wiederherstellung der Ordnung, die Sicherung der Diktatur des Proletariates und die Steigerung der Produktion. Er schwieg über ein Thema, das sonst bei solchen Anlässen eine große Rolle zu spielen pflegt, nämlich über den „sozialistischen Aufbau“, das heißt die Überzeugungskraft und Realisierung der kommunistischen Ideologie. Wahrscheinlich war es geraten, davon zu schweigen; es scheint, daß das ungarische Volk in überwältigender Mehrheit diese Ideo-

logie in verbissenem Schweigen ablehnt. Der Ungarn-Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ schrieb in seinem Aufsatz zum zweiten Jahrestag der Erhebung (24. 10. 58): „Dem heutigen neo-kommunistischen Regime in Ungarn fehlt die ideologische Fundierung. Dies zeigt sich vor allem auf kulturellem Gebiet, wo Polizeimethoden nur beschränkt wirksam sind und wo es eigener schöpferischer Anstrengungen bedarf. Die ungarischen Schriftsteller schweigen auch heute noch . . . An den Aufbau einer ‚sozialistischen Kultur‘ scheint in Ungarn niemand mehr im Ernst zu denken. Es dürfte auch der Parteileitung klar sein, daß sowohl die Kräfte wie die objektiven Voraussetzungen zu einer derartigen Unternehmung fehlen. Man begnügt sich mit der Erhaltung der reinen Macht.“

Für die Steigerung der Produktion von Konsumgütern auf Kosten der Schwerindustrie hat die Sowjetunion einen nicht unbedeutenden materiellen Preis in Form von Hilfeleistungen bezahlt. Der etwas erhöhte Lebensstandard ist durchaus nicht das Ergebnis des „sozialistischen Aufbaus“, sondern er wurde im Gegensatz zu dessen Maximen herbeigeführt, um das Volk vorerst zu beschwichtigen. Das läßt sich besonders deutlich durch die Tatsache beweisen, daß die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft mehr als zwei Jahre lang unterblieb. An diesem Beispiel läßt sich aber auch zeigen, daß die Mäßigung des Regimes nichts weiter als ein Mittel war, um Zeit für die Befestigung der Macht zu gewinnen. Seit Beginn dieses Jahres nämlich wird das Versäumte mit größter Beschleunigung und härtestem Machteinsatz nachgeholt. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (26. 3. 59) berichtete, sind „Aktivistengruppen“ gebildet worden, die von Dorf zu Dorf ziehen und die Bauern mit Überredungskünsten, notfalls aber auch unter Anwendung physischer Gewalt zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften veranlassen. Die Komitate Győr-Sopron und Szolnok wurden als voll sozialisiert gemeldet. Im ganzen sind nach diesem Bericht im März 1959 40% der landwirtschaftlichen Nutzfläche kollektiviert gewesen gegenüber 21% nach dem Volksaufstand von 1956. Die „Sozialisierung der Dörfer“ gehört mit zu dem Dreijahresplan, den die Partei sich vorgenommen hat. Auch die „sozialistischen Arbeitswettbewerbe“ in den Betrieben aller Art wurden durch eine Resolution des Zentralkomitees der Partei vom 6. März 1959 wieder eingeführt. Mehrmals in letzter Zeit und in verschiedenen Zusammenhängen verwiesen Kadar und andere führende Leute darauf, daß für Ungarn das Beispiel Chinas, Bulgariens und der Tschechoslowakei maßgebend sein müsse, jener Länder also, in denen der orthodoxeste gesellschaftspolitische Kurs gesteuert wird. Die ungarischen Kommunisten machen alle Anstrengungen, sich vom polnischen und jugoslawischen Modell zu distanzieren und die Ära Rakosi wiederherzustellen, wozu auch die Tatsache gehört, daß immer mehr Funktionäre jenes vergangenen Regimes wieder in öffentliche Ämter zurückkehren.

Wie die ungarischen Parlamentswahlen im November des vergangenen Jahres abliefen und was von ihnen zu halten ist, darüber würden keine Worte zu verlieren sein, wenn es nicht im Westen immer noch Menschen gäbe, die an eine innere Wandlungsfähigkeit kommunistischer Ziele und Methoden glauben und auf östliche Propagandatricks hereinfliegen. Zu diesen Tricks gehören ja auch alle Arten von Kundgebungen des angeblichen Vertrauens der ter-

rorisierten Völker zu ihren kommunistischen Führungen. Deshalb zitieren wir eine Äußerung des Direktors des Instituts für Staatswissenschaften, Imre Szabo, in „Nep-szabadsag“ (15. 10. 59), die an zynischer Offenheit kaum zu überbieten ist. Dieser „Volksjurist“ schrieb folgende Sätze: „Das sozialistische Wahlrecht bricht vollkommen mit den bourgeoisen Methoden. Wenn die Imperialisten unserm Wahlsystem die Forderung nach ‚freien Wahlen‘ entgegensetzen, kritisieren sie unser Wahlsystem in Wahrheit deshalb, weil das Ergebnis der Wahlen für jedermann den Beweis liefert, daß unser Volk die Volksdemokratie, das ist jenes System, das zum ersten Male in der Geschichte dem Volk die Freiheit sichert, unterstützt. Diese Freiheit ist auf jeden Fall mehr wert als die ‚Wahlfreiheit‘ in den imperialistischen Ländern.“ Radio Budapest sekundierte: Ein Mehrparteiensystem sei nur in denjenigen Staaten notwendig, wo mehrere Klassen um die Herrschaft kämpfen. Wo die Ausbeutung der einen Klasse durch die andere beseitigt sei, dort stelle die Existenz mehrerer Parteien einen Anachronismus dar, und wenn erst einmal das Zeitalter der klassenlosen Gesellschaft endgültig angebrochen sei, dann werde sogar die kommunistische Partei überflüssig werden. Und Kadar selbst erklärte: „Wir stellen uns mit erhobenen Köpfen vor unsere Wähler. Sie werden uns mit ihrem Votum eine Antwort darauf geben, ob sie unsere Politik auch in Zukunft unterstützen wollen. Wenn dann unser Volk für diese Politik gestimmt hat, wird dies auch uns formell wie ein Eid verpflichten, unsere Politik weiterzuführen.“ Hinterher allerdings machte er die fatale Bemerkung: „Wir müssen stets das tun, was das Interesse des Volkes verlangt, auch wenn zeitweilig das wahre Interesse des Volkes nur von wenigen erkannt werden sollte. Das Volk wird uns deswegen verehren.“

Der Wahlvorgang war demgemäß nach Radio Budapest (13. 11. 58) „sehr einfach“: „Der Wähler begibt sich in die Wahlzelle und legt die gefalteten Kandidatenlisten, ohne etwas daran zu ändern, in einen Umschlag, den er in die Wahlurne wirft.“ In dieser schlichten Weise wurden am 16. November 1958 bei einer Wahlbeteiligung von 98% — laut Radio Budapest — die vorgeschlagenen Kandidaten mit einem Votum von 99,6% gewählt. Immerhin muß vermerkt werden, daß die Einheitsliste nicht von der Kommunistischen Partei, sondern von der zu diesem Zweck reaktivierten Volksfront aufgestellt worden war und daß nur etwa 75% der Kandidaten Parteimitglieder waren. Unter diesen fehlten übrigens einige Exponenten des Rakosi-Regimes. Dagegen kandidierten wiederum die drei katholischen Geistlichen, die wegen ihrer politischen Tätigkeit schon seit dem Frühjahr 1958 exkommuniziert sind, Miklos Beresztoczy, Richard Horvath und Janos Mate (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 261), ferner der lutherische Bischof Lajos Vetö und der reformierte Bischof Tibor Bartha.

Wenn ein Kommentar zur Höhe der Wahlbeteiligung notwendig wäre, hätte ihn die „Die Welt“ (1. 11. 58) zutreffend in den Satz gekleidet: „Die Ungarn kennen die Staatsmacht, der sie untertan sind, und sie haben sie fürchten gelernt. Und der Westen sollte sich nicht wundern, wenn diese Ungarn heute zu Hunderttausenden bereit sind, mit dem Regime einen Waffenstillstand zu schließen. Sie sind gebrannte Kinder.“ Diese Bemerkung hat ihre Bedeutung auch für die Haltung der ungarischen Bischöfe.

Kadar mußte den Versuch zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei, die seit 1956 als Sozialistische Arbeiterpartei firmiert, von einem Nullpunkt aus in Angriff nehmen. Es dürfte richtig sein, was der Züricher Korrespondent in dem erwähnten Artikel schreibt: „In personeller Hinsicht stellt das Regime Kadar buchstäblich das letzte Aufgebot dar. Es wird von den Leuten getragen, die trotz eifriger Bemühungen weder unter Rakosi noch unter Nagy zum Zuge gekommen waren. Ein solches Regime konnte sich nur durch brutalen Polizeiterror und die Drohung der sowjetischen Bajonette Autorität verschaffen, wobei ihnen allerdings das bei vielen Kommunisten verbreitete Gefühl zustatten kam, daß es nach den Ereignissen von 1956 keine Alternative zu Kadar geben konnte.“ So sind viele Anhänger nicht nur des Kommunismus, sondern auch solche einer sozialistischen Gesellschaftsordnung äußerlich zu Kadar eingeschwenkt.

Dennoch ist es den heutigen Machhabern und Ideologen im Blick auf das Volk und selbst auf ihre eigenen Gefolgsleute offenbar nicht geheuer. Erst vor einem Jahr erklärte der Propagandachef Szirmai: „Wir haben keinen Grund, die Stärke der Feinde des Regimes und ihren Einfluß bei uns zu unterschätzen.“ Er scheute sich nicht zu sagen, Ungarn sei heute in der Kette der Volkdemokratien „ein schwaches Glied“. Und selbst die Kette der kommunistischen Kader, so fürchtet man, ist von fragwürdiger Festigkeit; denn in ihre Reihen haben sich nach 1956 viele Opportunisten eingeschlichen. „Viele neue Mitglieder wurden in die Partei aufgenommen, die Karrieristen sind“ (Nepszabadsag, 6. 1. 59). Andererseits haben 500 000 ehemalige Mitglieder ihre Karten nicht mehr erneuert; das ist mehr als die Hälfte.

Um das erschütterte Prestige der Partei wiederherzustellen, probiert man neue Methoden. An Stelle großer Versammlungen und Kundgebungen sollen die Funktionäre es jetzt mit „ehrlichen Gesprächen“ im „Frage-Antwort“-Stil versuchen. Das ist zwar sehr mühsam, bietet aber den Vorteil, daß die Eingeladenen aus sich heraustreten müssen. In diesem Spiel sollen nicht fremde Funktionäre auftreten, sondern solche, die den Eingeladenen durch gemeinsame Betriebszugehörigkeit, Nachbarschaft oder andere persönliche Umstände bekannt sind. Insbesondere werden die betrieblichen Vorgesetzten ermahnt, sich durch Familienbesuche ihrer Untergebenen anzunehmen. In der Parteizeitung „Nepszabadsag“ (14. 1. 59) wird ein Ingenieurehepaar gerühmt, das im Sommer 5870 Familien der Belegschaft zu diesem Zweck besucht hat.

Die Jugend

Große Hoffnungen setzt das Regime natürlich auf die Jugend. Nach der Unterdrückung der Volkserhebung wurde ein neuer „Ungarischer Kommunistischer Jugendbund“ (KISZ) gegründet. Damals stand die Jugend in vorderster Kampffront gegen das Regime. Diese Tatsache kommentierte die Parteizeitung (9. 3. 57) mit folgenden Sätzen: „In den vergangenen Jahren hat unsere Jugend mit Recht bemängelt, daß die Jugendorganisation ihre Bedürfnisse und romantischen Wünsche nicht befriedige. Der Gegenrevolution gelang es, gerade dies auszunutzen, indem man 14- bis 16jährigen Kindern Waffen in die Hand gab und sie als Helden der Revolution und

als Jungsoldaten des nationalen Freiheitskampfes verherrlichte. Es ist die Pflicht unserer kommunistischen Jugendbewegung, diese Jungen mit dem richtigen revolutionären Kampf und seiner Romantik bekannt zu machen.“ Die Romantik entleiht man jetzt nicht mehr der unmittelbaren Vergangenheit, sondern der Frühzeit des ungarischen und des Weltkommunismus. Die Zahl der Mitglieder im Ungarischen Kommunistischen Jugendverband ist von 120 000 im Juni 1957 auf 300 000 im Dezember 1958 gestiegen, wenn die offizielle Statistik stimmt. Vor der nationalen Erhebung hatte der Verband im Jahre 1955 über 700 000 Mitglieder, das waren rund 42 % aller Jugendlichen. Da diese Stärke sich in der Erhebung von 1956 als eine reine Fiktion erwiesen hatte, wurde bei der Neugründung im Jahre 1957 zunächst vorgesehen, daß der Verband in Zukunft eine Elitengemeinschaft werden solle. Dieser Vorsatz ließ sich aber nicht verwirklichen. Denn nur unter stärkstem Druck war es möglich, die Jugend überhaupt wieder für die Organisation zu gewinnen, und diese Art der Werbung schließt die Bildung einer Elite von vornherein aus. So ist der neue Verband — nicht anders als der alte — eine Form der Staatskontrolle über die Jugend, nicht aber deren kommunistische Bekenntnisgemeinschaft. Von den Studenten der ungarischen Hochschulen gehörten im Herbst 1958 nach einer Kipa-Meldung, die sich auf die ungarische Zeitung „Magyar Nemzet“ stützte, nur 20 % dem Jugendverband an, in Budapest noch weit weniger.

Für die mangelnde Begeisterung der Jugendlichen werden in erster Linie natürlich die Lehrer und Hochschullehrer verantwortlich gemacht. Am 7. Januar 1959 schrieb die Zeitung „Vas Nepe“ in Steinamanger: „Den Fortschritt — der Jugenderziehung — behindern jene Lehrer, die zwar in der Schule im Geiste des Marxismus unterrichten, aber nicht im Einklang mit ihm leben. Die Sache des Marxismus macht bei den Lehrern keine Fortschritte. Es ist allgemein bekannt, daß auch viele Eltern ihre Kinder nicht im sozialistischen Geist erziehen, sondern nach alter Tradition die religiöse Erziehung für die beste halten. In den Erziehungsfragen müssen unsere Parteiorganisationen mutig die Eltern einbeziehen. Sie müssen sich bemühen, die Eltern über die Ziele der marxistischen Erziehung aufzuklären und sie davon zu überzeugen, daß sie ihren Kindern den besten Dienst erweisen, wenn sie sie dazu erziehen, den Sozialismus zu lieben und der Volksmacht ergeben zu sein.“

Die Intellektuellen

Nicht weniger Sorgen bereiten dem Regime die Künstler und Schriftsteller, die sich seit der nationalen Erhebung in Schweigen hüllen. Kadar sagte zwar in der zitierten Wahlrede: „Es ist nicht wahr, daß die Schriftsteller schweigen“, mußte aber doch sogleich hinzufügen: „Wenn auch die alten sich nur langsam zu einer Mitarbeit entschließen, so ist doch bereits eine neue Garde im Anmarsch, welche die alte ablösen wird.“ Nichtsdestoweniger redete er „den alten“ begütigend zu: „Wir kämpfen ohne Nachgiebigkeit auf dem Gebiete der Kultur, aber wir zeigen den Irrenden gegenüber Geduld. Wir verlangen keine gequälten Phrasen.“ Wieviel dem Regime daran gelegen ist, jene Schriftsteller, die sich zwar zum Sozialismus nationaler Prägung, nicht aber zur Doktrin des Kreml bekennen, wieder zum Schreiben zu bewegen, um ihre Autorität beim Volk für sich auswerten zu kön-

nen, das ergibt sich aus den Richtlinien des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei für die „sozialistische Umformung“ des kulturellen Lebens von 1958, in denen nur so viel gefordert wird, daß das Schrifttum seinem Inhalt nach sozialistisch sein müsse, in denen aber den Schriftstellern alle Wege des sozialistischen Realismus gestattet werden. Man befließt sich also im Vergleich zu der geistigen Diktatur, die etwa in der Tschechoslowakei unter der Devise der „Vollendung der kulturellen Revolution“ ausgeübt wird, einer sehr vorsichtigen und zurückhaltenden Kulturpolitik, doch ohne dadurch den passiven Widerstand der Intellektuellen gebrochen zu haben.

Die Kirche

Auch der Kirche gegenüber verhält das Regime sich in einer Art, die den Eindruck erwecken möchte, als sei alles in Ordnung. Kadar bezeichnete das Verhältnis von Kirche und Staat als „loyal“. Diese Benennung der Dinge oder vielmehr die Zielvorstellung, die das Regime damit verbindet, bekommt aber ein deutlicheres Profil, wenn man sich einer Rede erinnert, die ein anderes Mitglied des Politbüros, Staatsminister Gyula Kallai, ebenfalls im vorigen Jahre im Parlament hielt. Kallai sagte: „Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat müssen auf dauernden Prinzipien beruhen, damit es sich nicht einfach um Beziehungen der friedlichen Koexistenz handelt. Die Beziehungen müssen vielmehr zu aktiver Zusammenarbeit werden, deren Rahmen von den Forderungen und Bestimmungen des Sozialismus gebildet wird.“ Wenn man diese gewundenen Sätze klar und einfach ausdrückt, dann sagen sie, daß die Kirche sich als ein Instrument des kommunistischen Propagandaapparates zu betrachten hat.

Die Kirche ist der Regierung im vergangenen Jahre dabei sehr weit entgegengekommen, was allerdings mit der Einschränkung gesagt werden muß, daß wir nicht wissen, ob die Äußerungen des Episkopates, die durch die amtlichen Stellen verbreitet wurden, authentisch und ohne Erpressung abgegeben sind. Die amtliche ungarische Nachrichtenagentur MTI verbreitete einen Aufruf des Episkopates zu den Wahlen, der in seinem Wortlaut kirchlich korrekt ist, immerhin aber die Volksfront unterstützt. Die Bischöfe erklärten darin, daß sie die Arbeit des Staates und des Parlamentes, die dem Wohl der Staatsbürger dient, unterstützen und von den Gläubigen dasselbe erwarten. Der Staat habe ein Gesetz über die Religionsfreiheit und Aktionsfreiheit der Kirchen erlassen. Es sei zu wünschen, daß das Parlament sein Verhältnis zu den Kirchen im Geist dieses Gesetzes gestalte. Dann heißt es: „Wir wissen auch, daß das neue Parlament im Interesse der Verteidigung des Friedens tätig sein wird, denn nur der Friede ermöglicht die Entfaltung der schöpferischen Arbeit des Volkes. Wir vertrauen darauf, daß die Kandidaten der Vaterländischen Volksfront, für die wir unsere Stimme abgeben werden, mit vernünftiger Objektivität, ehrlich und wohlüberlegt, die Geschicke des Landes leiten werden“ (vgl. dazu „Neue Zürcher Zeitung“ 5. 11. 58). Wenn diese Erklärung authentisch ist, zeigt sie, daß der Episkopat, um die Seelsorge aufrechtzuerhalten, sich gezwungen sieht, das Regime politisch zu unterstützen. So ist es wohl auch zu verstehen, daß Erzbischof Gröz von Kalocsa die Nützlichkeit der Kolchos rühmte und dem sowjetischen Parteisekretär Chruschtschew auf einem

Empfang in Budapest herzlich die Hand schüttelte und daß Bischof Hamvas von Csanad mit einer Gruppe von „Friedenspriestern“ nach Moskau fuhr. Die Erklärung, die er nach seiner Rückkehr der Presse übergab, lautet: „Eine unvergeßliche Gastfreundschaft wurde uns in der Sowjetunion zuteil. Wir haben viel gesehen und gelernt. Wir Katholiken konnten durch ein besonderes Entgegenkommen unserer Gastgeber auch mit den litauischen und den Leningrader Katholiken in Verbindung treten. Wir erbauten uns an ihrem religiösen Eifer, welchen sie frei entfalten können. Nach meiner bescheidenen Ansicht kann das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der Sowjetunion auch weiter eine günstige Entwicklung nehmen.“

Die Friedensbewegung

Die letzte Loyalitätserklärung von Episkopat und Klerus, die im Westen bekannt wurde, stammt vom Januar 1959. Damals tagte in Budapest eine Bischofskonferenz, an der allerdings nur drei Bischöfe teilgenommen haben sollen, weil alle anderen entweder krank oder interniert waren. Unmittelbar darauf fand eine Kundgebung der katholischen Friedensbewegung „Opus pacis“ statt, bei der Bischof Hamvas das Hauptreferat hielt. Der Bischof nahm Bezug auf die erste Botschaft Papst Johannes' XXIII. und leitete daraus die Pflicht der ungarischen Geistlichkeit ab, im Rahmen der Friedensbewegung mitzuarbeiten. „Wir wollen“, so sagte er nach Meldung von KNA, „im Geiste seiner Worte hier im Rahmen des Landesfriedensrates im Interesse des Friedens arbeiten und flehen Gottes Segen auf die Friedensarbeit jedes wohlgesinnten Menschen herab.“ In der Schlußresolution der Tagung werden aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Weltfriedensrates die Erfolge der kommunistischen Weltfriedensbewegung anerkannt und die Friedensliebe der ungarischen Volksrepublik gerühmt.

Es wird immer deutlicher sichtbar, daß die Parteiführung mit dieser „Friedensbewegung“ den Hebel zur vollkommenen Gleichschaltung der Kirche ansetzt, was sie ja auch vor der nationalen Erhebung von 1956 versucht hatte. Diese „Bewegung“ wurde nach dem Mindszentyprozeß in den Jahren 1949 und 1950 durch einige mit dem Regime zusammenarbeitende katholische Geistliche ins Leben gerufen und diente nicht nur dem Zweck, die Kirche propagandistisch für die Partei einzusetzen, sondern der vielleicht noch wichtigeren Aufgabe, die innere Einstellung und das äußere Verhalten der einzelnen Geistlichen zu kontrollieren und den Klerus zu spalten. Darüber haben Akten des Kirchenamtes, die während der Erhebung ans Tageslicht kamen, traurige Aufschlüsse gegeben. Diese Entdeckungen gaben den Anlaß zu dem Prozeß gegen den damaligen Sekretär von Kardinal Mindszenty, Msgr. Turcsany (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 259), der Anfang 1959 im Zuchthaus verstorben ist.

In der ersten Zeit des Kadar-Regimes suchten die Bischöfe durch die Umwandlung jener zwielichtigen Organisation in ein kirchliches „Opus pacis“ im Geiste der Pax-Christi-Bewegung den künftigen Mißbrauch der christlichen Friedensbestrebungen für die Unterstützung des Kommunismus und für die Unterhöhlung der kirchlichen Geschlossenheit zu verhindern. Dazu war es vor allem notwendig, die Geistlichen auszuschalten, die sich in den früheren Jahren kompromittiert hatten. Das ist aber auf die Dauer mißlungen. Das Dekret der Konzils-

kongregation, durch das im Frühjahr 1957 eine Anzahl führender Geistlicher der früheren Friedensbewegung aus wichtigen Stellungen entfernt und wieder unter die Gewalt der Bischöfe gestellt werden sollte, ist von den Bischöfen selbst nach vergeblichen Versuchen zu seiner Durchführung praktisch außer Kraft gesetzt worden. Der Administrator der Diözese Gran, Bischof Endrey, der inzwischen von seinem Amt zurückgetreten ist, hat mehreren dieser Geistlichen hervorragende Pfarreien in Budapest verliehen, und sie sind dazu noch mit kirchlichen Ehrentiteln ausgezeichnet worden. Die Leitung des Friedenswerks ist wieder diesen Geistlichen übertragen worden, und die Bischöfe haben es nicht vermeiden können, zusammen mit den exkommunizierten geistlichen Parlamentsabgeordneten in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Inzwischen sind neben dem *Opus pacis* auch nach dem früheren Muster wieder Friedenskomitees der Priester begründet worden, die nicht der Leitung der Bischöfe unterstehen, sondern den kommunistischen Friedenskomitees angeschlossen sind und, wie einer ihrer Sprecher erklärte, die Aufgabe haben, die katholische Friedensbewegung „entsprechend dem Programm“ der allgemeinen Friedensbewegung zu lenken mit dem Ziel, „daß die Friedensarbeit der Geistlichkeit auf diese Weise schwungvoller und erfolgreicher entwickelt werden kann“.

Recht aufschlußreich für die Beurteilung der Kirche durch die Kommunisten ist eine Äußerung des Leiters des Kirchenamtes, Janos Horvath, im Juliheft 1958 der Zeitschrift „Belpolitikai Szemle“. Er unterschied innerhalb der Kirche „drei Hauptströmungen“: die Gruppe der fortschrittlichen Priester, deren Einfluß sich ständig ausbreite, die neutrale Gruppe, die zwar zur Koexistenz mit dem Sozialismus bereit, innerlich aber für ihn noch nicht gewonnen sei, und die der „aktiven Reaktionäre, die geschworene Feinde unseres Regimes sind“. Der Verfasser glaubt, daß die Zusammenarbeit zwischen Kirche und

Staat die klerikale Reaktion isolieren werde. Man werde die Geistlichen, die die Religion für staatsfeindliche Zwecke mißbrauchen, aus den kirchlichen Machtpositionen hinausdrängen. „Den fortschrittlichen Kräften der Kirche lassen wir in diesem Kampf weitgehend staatliche und soziale Hilfe angedeihen. Gegen die klerikale Reaktion ist ein politischer Kampf im Gange . . . Die politische Zusammenarbeit mit der Kirche bedeutet keine Zugeständnisse auf ideologischem Gebiet. Die religiöse Weltanschauung können wir nicht akzeptieren. Aber gegen sie kämpfen wir mit ideologischen Mitteln.“

Das gegenwärtige ungarische Regime macht andererseits der Kirche gewisse Zugeständnisse. Dazu gehören die Verlängerung der staatlichen finanziellen Subventionen über die im Kirchenabkommen vom 29. 8. 1950 (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 33) vorgesehene Zeit hinaus, die Duldung des Religionsunterrichtes in den Schulen, wenn die Eltern ihn wünschen (beigleichzeitigem Verbot kirchlicher Jugendarbeit außerhalb der Schule), die Konzession eines gewissen Öffentlichkeitsanspruchs der Kirche und einer kontrollierten katholischen Presse. Mangels jeder wirklichen Popularität ist das Regime auf eine Taktik der Beschwichtigungen angewiesen. Aber auch die Kirche ist, was die Hoffnung auf die Kraft des Volkes betrifft, aus den Ereignissen von 1956 nicht gestärkt, sondern geschwächt hervorgegangen. Anders können ihre Arrangements wohl nicht interpretiert werden. Der Bericht über die Lage der Kirche in Ungarn auf dem letzten Königsteiner Kongreß „Kirche in Not“ warnte vor Illusionen. Es wächst eine Generation heran, so heißt es dort, die den Kommunismus in seiner politischen Form zwar ablehnt, das Ideal des Christentums aber nicht mehr kennt und nicht mehr wünscht. Eine traurige Aussicht. Andererseits muß man als Christ die Hoffnung haben, daß allein schon die Möglichkeit zur Feier der Gottesdienste, die es in Ungarn immerhin noch gibt, die Gemeinschaft der Christen am Leben bewahren wird.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Wem gehört der Rundfunk?

Die kirchliche Arbeitsstelle für die katholische Rundfunk- und Fernseharbeit in Deutschland hat vor wenigen Wochen den Bericht über ihre letzte Jahrestagung veröffentlicht. Die Tagung stellte die Frage: Wem gehört der Rundfunk? Das Fernsehen ist in diese Frage eingeschlossen. Der Bericht ist im Verlag Josef Knecht, Frankfurt a. M., erschienen.

Die Aktualität der Frage

Es handelte sich um das Problem der Verantwortung für die Gestaltung der Rundfunkprogramme und Geist und Inhalt der Sendungen. Wem gegenüber besteht diese Verantwortung, und wer hat sie zu tragen? Welche gesellschaftlichen Mächte sind zur Einflußnahme auf den Rundfunk legitimiert? Diese Frage ist zur Zeit in Deutschland aus mehreren Gründen aktuell. Bund und Länder streiten sich um die Kompetenz zur Rundfunkgesetzgebung und

Errichtung von Sendern. Die politischen Parteien streben danach, ihren Einfluß auf die Besetzung der Rundfunkräte, Verwaltungsräte und leitenden Ämter bei den Sendern zu vermehren oder gar diese bei sich zu monopolisieren, was unter Umständen zur Auslieferung des Funkwesens an die Parteipolitik führen könnte. Von einer anderen Seite her droht ebenfalls Gefahr. Die Wirtschaft würde gern in den Besitz eines Fernsehprogramms kommen, um es ihrer Werbung dienstbar zu machen; sie möchte den Funk, wenigstens zum Teil, kommerzialisieren, wie das in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Dagegen fordert die öffentliche Meinung im Einklang mit dem Grundgesetz, der Rundfunk solle frei sein. Aber kann das so verstanden werden, daß er völlig autonom und niemandem verantwortlich ist, es sei denn dem Interesse, seine Hörer nicht zu verärgern und zu verlieren? Und wer ist in diesem Falle „der Rundfunk“? Auch die Institutionen der freien Gesellschaft, die sich für das kulturelle Gemeinwohl verantwortlich fühlen, vor allem die Kirchen, beanspruchen das Recht zur Mitgestaltung des